

N i e d e r s c h r i f t

über die 2. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses der Stadt Krefeld am
Mittwoch, 19. Mai 2010, 17:00 Uhr im Rathaus, Von-der-Leyen-Platz 1, Raum C 2

I. Öffentlicher Teil

Anwesend waren unter dem Vorsitz von Rats Herrn Hoffmann

Mitglieder: Bürgerin Geilenberg i.V.v. Ratsfrau Böhme
Rats Herr Galke i.V.v. Ratsfrau Hillmann
Ratsfrau Oellers
Rats Herr Dr. Ruhland
Bürger Piepenbring
Bürgerin Ponzelar-Reuters i.V.v. Bürgerin Dietz
Bürger Wierczimok
Einwohner Franjicevic
Ratsfrau Drießen-Seeger
Ratsfrau Nottebohm
Bürger Anders i.V.v. Ratsfrau Schnell
Bürgerin Pelmtner
Bürgerin Krauß
Einwohner Yolcu
(zusätzlich Einwohner Umac)
Rats Herr Renner
Bürgerin Cäsar i.V.v. Ratsfrau Gergis
Einwohner Stadler
Rats Herr Dick
Bürger Willutzki
Rats Herr Cakir
Sachkundige Einwohnerin Fehmer
Sachkundiger Einwohner Mörtter

Verwaltung: Beigeordneter Schneider
Ltd. Stadtverwaltungsdirektor Adelfang
Stadtoberverwaltungsrat Draaken
Stadtmedizinaldirektor Dr. Schmitz
Stadtangestellte Meskendahl
Stadtangestellter Khalili-Amiri
Stadtangestellter Senger - Presseamt -

Schriftführer: Stadtverwaltungsrat Orl

Gäste: Frau Elsner - Verbraucherberatungsstelle Krefeld -, Herr Stilling - Ge-
schäftsführung SWK MOBIL GmbH -, verschiedene Zuhörer, Vertreter der
Presse

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1.	Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 03.02.10	---	---
2.	Eingänge und Mitteilungen	---	---
3.	Jahresbericht 2008 der Verbraucherberatungsstelle Krefeld Antrag der CDU-Fraktion vom 10.06.2009 Bericht für die Jahre 2008 <u>und 2009</u> durch die Leiterin Frau Elsner	0498/10	---
4.	Einführung eines Sozialtickets Antrag der Fraktion Bündnis 90 - Die Grünen vom 18.03.2010	0786/10	---
5.	Konzept „Energiesparberater“ Antrag der Fraktion UWG - Freie Wähler vom 08.02.2010	0776/10	---
6.	Bericht zur Situation auf dem Theaterplatz Antrag der SPD-Fraktion vom 22.02.2010 Antrag der FDP-Fraktion vom 12.05.2010 Drogenszene auf dem Theaterplatz Antrag der Fraktion Bündnis 90 - Die Grünen vom 03.05.2010	0780/10 0797/10 0806/10	0066/10 ---
7.	Vorläufige Haushaltsführung/Verschiebung des Haushaltes 2010 und Auswirkungen auf den Bereich Soziales und Gesundheit Antrag der Fraktion Bündnis 90 - Die Grünen vom 27.04.2010	0775/10	---
8.	Förderung des Arbeitslosenzentrums Krefeld/Meerbusch e.V.	0787/10	---
9.	Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit den Trägern des Freiwilligenzentrums Krefeld	0788/10	---
10.	Armut- und Reichtumsbericht der Stadt Krefeld Antrag der Ratsgruppe DIE LINKE vom 23.03.2010	0789/10	---
11.	Neuorganisation der Jobcenter Antrag der CDU-Fraktion vom 06.04.2010	0798/10	---
12.	Signet „Nordrhein-Westfalen ohne Barrieren“ Antrag der CDU-Fraktion vom 14.04.2010	0791/10	---
13.	Inklusion Antrag der CDU-Fraktion vom 01.03.2010	0790/10	---
14.	UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen Antrag der SPD-Fraktion vom 04.05.2010	0795/10	---
15.	Neuentwicklungen in der Behindertenhilfe Antrag der SPD-Fraktion vom 04.05.2010	0792/10	---
16.	Anfragen	---	---

Um 17:04 Uhr begrüßt Ratsherr Hoffmann die Teilnehmer sowie die anwesenden Gäste zur zweiten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses. Er stellt fest, dass die Einladung frist- und formgerecht erfolgt ist und weist auf den als Tischvorlage noch verteilten ergänzenden Antrag der FDP-Fraktion zu TOP 6 hin. In Übereinstimmung wird der TOP 15 in die nächste Sitzung geschoben. Weitere Änderungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht. Durch Verlesen des Verpflichtungstextes werden evtl. erstmalig an einer Ausschusssitzung teilnehmende sachkundige Bürger/innen und Einwohner durch den Vorsitzenden verpflichtet.

Punkt 1:

Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 03.02.10

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

Punkt 2:

Eingänge und Mitteilungen

Beigeordneter Schneider unterrichtet über den aktuellen Sachstand zum Thema Ehrenamtskarte.

Die Fraktion Bündnis 90 - Die Grünen habe mit Schreiben vom 24.03.2010 an den Vorsitzenden des Kulturausschusses gebeten, die Möglichkeit der Einführung der sogenannten Ehrenamtskarte in Krefeld zu prüfen und den im Falle einer Einführung erforderlichen Ressourcenbedarf zu kalkulieren.

Auf Beschluss des Kulturausschusses sei der Antrag zuständigkeitshalber an den Sozial- und Gesundheitsausschuss verwiesen worden.

Da ehrenamtliche Tätigkeiten in vielen Bereichen geleistet werden, insbesondere in den Tätigkeitsfeldern Jugend, Sport, Kultur und Senioren, seien thematisch auch mehrere Geschäftsbereiche der Verwaltung betroffen.

Die Zuständigkeit sei daher am 04.05.2010 zunächst im Verwaltungsvorstand beraten worden. Man habe beschlossen, zunächst in den Geschäftsbereichen die absehbare Inanspruchnahme an Ehrenamtskarten und den organisatorischen sowie finanziellen Aufwand einzugrenzen und nachfolgend hierzu in einer der nächsten Sitzungen im Verwaltungsvorstand zu berichten.

Über den Fortgang der Angelegenheit werde der Ausschuss zu einem späteren Zeitpunkt informiert.

Punkt 3:

Jahresbericht 2008 der Verbraucherberatungsstelle Krefeld
Antrag der CDU-Fraktion vom 10.06.2009
Bericht für die Jahre 2008 und 2009 durch die Leiterin Frau Elsner

Die von Frau Elsner vorgestellte Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Ratsherr Renner bedankt sich für den Vortrag. Mit den Ausführungen habe Frau Elsner bereits eine Vorlage für die unter dem TOP 5 zu diskutierende Energiesparberatung gegeben. Ihn interessiere, ob es seitens der Verbraucherberatung bereits Kontakte mit der SWK oder der Verwaltung gegeben habe und ob die Verbraucherberatung bereit wäre, auf diesem Themenfeld mitzuarbeiten.

Frau Elsner signalisiert entsprechende Bereitschaft hier mitzuarbeiten, weist jedoch auf eine eventuelle Notwendigkeit der Stellenfinanzierung hin.

Die ergänzende Frage von Ratsherrn Renner nach einer Zusammenarbeit mit der Schornsteinfegerinnung bezüglich der Energieberatung wird durch Frau Elsner verneint.

Auch Ratsfrau Nottebohm bedankt sich für den gegebenen Bericht. Dieser zeige, dass die Verbraucherzentrale ein sehr hohes Arbeitsaufkommen zu verzeichnen habe. Sie spricht das Problem der Entsorgung von neuartigen Beleuchtungsmitteln an und fragt, ob es hier schon eine Lösung gebe.

Laut Frau Elsner werde dort geprüft, ob solche defekten Beleuchtungsmittel auch in der Beratungsstelle abgegeben werden können.

Die Frage von Bürgerin Pelmtner nach der Organisationsform der Verbraucherberatungsstelle beantwortet Frau Elsner dahin gehend, dass es sich um einen unabhängigen Verein handeln würde, dessen Finanzierung über Kommune, Land und durch eigene Einnahmen erfolge. Die weitere Frage nach einer vorliegenden Leistungsvereinbarung wird durch Frau Elsner verneint; allerdings bestehe die Verpflichtung einer jährlichen Präsentation der geleisteten Arbeit.

Ratsherrn Cakir interessiert, ob sich mittlerweile genug im Kampf gegen unseriöse Werbung getan habe.

Frau Elsner erläutert, dass hier zwar schon einiges, aber noch nicht genug erreicht worden sei. Sie weist darauf hin, dass dokumentierte Werbeanrufe der Verbraucherzentrale gemeldet werden können.

Bürgerin Cäsar fragt nach der Anforderung an die dortige Energieberatung.

Frau Elsner unterrichtet, dass die allgemeine Energieberatung schon seit vielen Jahren zum Angebot gehöre; diese würde durch einen Architekten sowie einen Ingenieur durchgeführt. Die entsprechenden Stellenbeschreibungen könnten gerne zur Kenntnis gegeben werden.

Ratsherr Galke spricht rechtsanwaltliche Abmahnungen wegen unerlaubten Internet-downloads an.

Frau Elsner erklärt, dass man sich hier auf dem Gebiet des Strafrechts bewege. Die Verbraucherberatung habe in diesem Segment keine Beratungskompetenz, könne aber mit schriftlichen Informationen weiterhelfen.

Ratsherr Hoffmann bedankt sich abschließend bei Frau Elsner für die gegebenen Informationen.

Punkt 4:

Einführung eines Sozialtickets

Antrag der Fraktion Bündnis 90 - Die Grünen vom 18.03.2010

Die Präsentation von Herrn Stilling ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Ratsherr Renner bedankt sich für den gehaltenen Vortrag. Er äußert den Wunsch, die SWK möge sich in der Sache weiterhin engagieren, mit der Landesregierung als Besteller des Sozialtickets. In puncto Finanzierung könne er sich vorstellen, dass ein eventuelles

Mehr an Regelleistungen direkt in die Strukturen eines Sozialtickets investiert werde. Herr Stilling habe heute die Probleme und Chancen eines Sozialtickets aufgezeigt. Der bereits existierende Krefeld-Pass könne die Modalitäten für den Bezug eines Sozialtickets erleichtern.

Ratsfrau Drießen-Seeger bedankt sich ebenfalls für die gegebenen Informationen. Jetzt habe man erst einmal konkrete Zahlen vorgestellt bekommen. Durch die Zweckverbandversammlung des VRR sei eine Marktforschung in Auftrag gegeben worden; diese solle zunächst abgewartet werden. Sie spricht sich für ein verbundweites Angebot statt einer Insellösung für Krefeld aus.

Ratsherr Dr. Ruhland meint, bis zu den Krefelder Haushaltsberatungen in der Sache wohl Klarheit zu haben. Eine freiwillige Leistung aus Mitteln des städtischen Haushaltes scheide auf jeden Fall aus. Auch sei eine Finanzierung zulasten geplanter Investitionen oder auch zum Nachteil der Beschäftigten wohl kaum möglich. Insgesamt stelle sich die Frage, wo die notwendigen finanziellen Mittel herkommen sollen. Ebenso sei die thematisierte 10 %-Grenze schwer zu vermitteln.

Ratsherr Galke erkundigt sich, welcher Schaden der SWK derzeit durch Schwarzfahrer entstehe und ob diese fehlenden Geldmittel aus den Einnahmen für ein eventuelles Sozialticket gedeckt werden könnten.

Herr Stilling verdeutlicht, dass die Zahl der Schwarzfahrer sehr niedrig liege. Diese könne durch den bereits praktizierten kontrollierten Einstieg mit unter 1 % angegeben werden. Eine weitere Verbesserung erwarte er im Jahr 2011 durch die elektronische Ticketkontrolle beim Einstieg in Busse. Das Phänomen allerdings, das Schwarzfahren sozusagen als Sport anzusehen, werde man nicht ausschließen können.

Ratsherr Dick spricht sich ebenfalls gegen eine Insellösung für Krefeld, sondern für eine Einführung des Sozialtickets auf Verbundebene aus. Auch er habe ein Problem mit der dargestellten 10 %-Lösung. Hierbei stelle sich die Frage nach der grundsätzlichen Gerechtigkeit.

Bürgerin Pelmter hält einen Datentransfer durch die Leistungserbringer für möglich; ebenso könnten die Kosten durch den jeweiligen Leistungsträger direkt angewiesen werden. Auf ihre Frage, ob für Krefeld die Sozialticketpreise nicht mit 16,00 EUR und 23,00 EUR angesetzt werden müssten, entgegnet Herr Stilling, dass es Wunsch der Fraktion Bündnis 90 - Die Grünen gewesen sei, Kostenkalkulationen mit 15,00 EUR und 20,00 EUR für das Sozialticket darzustellen. Festgelegt sei, dass Krefeld eine sogenannte A2-Stadt sei.

Sachkundige Einwohnerin Fehmer bittet darum, die Zielgruppen eines Sozialtickets nochmals zu überprüfen, da Teile der Gruppe der schwerbehinderten Mitbürger, die ihren Arbeitsplatz im Heilpädagogischen Zentrum haben, verrentet sind, keine Grundsicherungsleistungen erhalten und nicht das entsprechende Merkzeichen in ihrem Schwerbehindertenausweis haben, hier keine Berücksichtigung gefunden hätten.

Bürger Anders wünscht noch eine nähere Erläuterung zum Thema Schwarzfahrer.

Herr Stilling verdeutlicht, dass von den ermittelten Fahrgästen knapp 1 % ohne Fahrerlaubnis unterwegs wäre. Man könne von 350.000 bis 400.000 Schwarzfahrten pro Jahr ausgehen; 1,5 % bis 2 % des Gesamtaufkommens der Fahrgäste würde kontrolliert.

Bürger Willutzki bittet, die Erlössituation der SWK mobil zu erläutern.

Herr Stilling berichtet, die SWK mobil habe früher ein Geschäftsergebnis mit einem Defizit von 20 Mio. EUR gehabt; durch Restrukturierungsmaßnahmen betrage dieses Defizit aktuell nur noch 12 Mio. EUR. Ein geändertes Geschäftsverhalten müsse seitens der Kommunalpolitik entschieden werden.

Beigeordneter Schneider betont, die Verwaltung gehe davon aus, dass eine notwendige Drittfinanzierung durch den Bundesanteil für die ARGE-Leistungen erfolge.

Ratsherr Hoffmann dankt Herrn Stilling für die gegebenen Informationen.

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Punkt 5:

Konzept „Energiesparberater“

Antrag der Fraktion UWG - Freie Wähler vom 08.02.2010

Bürger Willutzki erläutert den Antrag seiner Fraktion und zeigt Verständnis für die ablehnende Haltung der Verwaltung. Ursprünglich war zu dem Frankfurter Projekt Cariteam um Fakten gebeten worden. Insgesamt habe man nur einen Flyer mit vagen Zahlen erhalten. Das Konzept sollte als ein solches zur Existenzgründung durchgeführt werden. Entsprechende Existenzgründungen nach einer Phase der Arbeitslosigkeit hätten erfahrungsgemäß große Erfolge.

Ratsfrau Drießen-Seeger ruft in Erinnerung, dass Energiesparberatung bereits durch die Verbraucherzentrale sowie die SWK angeboten werde. Außerdem sei in der Verwaltungsvorlage zum Ausdruck gebracht, dass die Machbarkeit eines Existenzgründerprojektes überprüft werde.

Auch Ratsherr Renner spricht sich für die Überprüfung einer möglichen Existenzgründung aus. Zusätzlich solle die Verwaltung prüfen, ob die Energiesparberatung bei der Verbraucherzentrale ausgebaut werden könne mit einer Finanzierung aus anderen Fördertöpfen.

Ratsfrau Öllers entgegnet, dass hier im Ausschuss doch über den Sozialbereich gesprochen werde.

Ratsherr Renner möchte wissen, welches Geschäftskonzept insgesamt tragfähig sei. Von Interesse sei ein Globalkonzept. Im ARGE-Beirat solle die Thematik weiter verfolgt und auch Gespräche mit der Verbraucherzentrale geführt werden.

Ratsherr Cakir betont abschließend, überall müsse gespart werden können. Hier liege nicht nur eine Aufgabe der Verbraucherzentrale, sondern auch der SWK vor.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zum Vorschlag, die Energiesparberatung in einer Kooperation zwischen IHK, Kreishandwerkerschaft, der SWK und der Arge durchzuführen, zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Punkt 6:

Bericht zur Situation auf dem Theaterplatz

Antrag der SPD-Fraktion vom 22.02.2010

Antrag der FDP-Fraktion vom 12.05.2010

Drogenszene auf dem Theaterplatz

Antrag der Fraktion Bündnis 90 - Die Grünen vom 03.05.2010

Ratsherr Renner spricht sich dafür aus, dem ergänzenden FDP-Antrag stattzugeben und den beabsichtigten „Runden Tisch“ zum Thema Theaterplatz einzurichten. Alles Weitere zu dieser Thematik könne dort besprochen werden.

Ratsherr Dick stimmt dem zu. Alle thematisch Beteiligten müssten mit ihrem Sachverstand schnell an einen Tisch gebracht werden.

Ratsfrau Drießen-Seeger betont, es handele sich hier um Menschen; die Angelegenheit dürfe nicht nur ordnungspolitisch betrachtet werden. Egal, an welchem Ort sich die Szene treffe, die Problematik löse sich nicht auf. Andererseits habe die Stadt auch die Fürsorgepflicht den Menschen gegenüber, die durch die Szene auf dem Theaterplatz belästigt werden. Sie merkt an, dass es den „Runden Tisch“ in der Vergangenheit schon einmal gegeben habe und hofft, dass die Neuauflage dieses Mal besser funktioniert und zu einem größeren Erfolg führt.

Ratsherr Hoffmann hält es für notwendig, Betroffene, wie den Pächter des Seidenweberhauses, Herrn Rudnik, den Theaterintendanten sowie einen Vertreter der Mediothek an dem „Runden Tisch“ zu beteiligen.

Auch Ratsherr Dr. Ruhland befürwortet die Einrichtung eines „Runden Tisches“, hält es aber auch für notwendig, Herrn Bach vom Caritasverband hier mit einzubinden.

Laut Ratsherrn Renner geht die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen von einer Lösung, zum Beispiel durch die Einrichtung von Drogenkonsumräumen, aus. Hierdurch habe sich die Szene in anderen Städten verlagert. Drogenkonsumräume könnten auch hier zum Erfolg führen. Der „Runde Tisch“ solle ziel- und sachorientiert arbeiten. Er merkt an, dass trotz des Einsatzes von Polizei, kommunalem Ordnungsdienst und den Streetworkern in der Vergangenheit rund 900 Platzverweise ausgesprochen worden seien.

Ratsherr Hoffmann stellt abschließend fest, dass in der Sache zu einem „Runden Tisch“ eingeladen wird.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Berichte der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Punkt 7:

Vorläufige Haushaltsführung/Verschiebung des Haushaltes 2010 und Auswirkungen auf den Bereich Soziales und Gesundheit
Antrag der Fraktion Bündnis 90 - Die Grünen vom 27.04.2010

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Punkt 8:

Förderung des Arbeitslosenzentrums Krefeld/Meerbusch e.V.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt der vorgelegten Leistungsvereinbarung zu und beauftragt die Verwaltung, diese mit dem Arbeitslosenzentrum Krefeld/Meerbusch e.V. abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Punkt 9:

Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit den Trägern des Freiwilligenzentrums Krefeld

Ratsherr Renner betont, es sei wichtig, in die Zielgruppen für die Leistungen des Freiwilligenzentrums Krefeld auch Institutionen und Einrichtungen in Krefeld, die ehrenamtliche Tätigkeiten anbieten oder organisieren, mit einzubeziehen.

Ratsherr Hoffmann erbittet zu den Leistungsvereinbarungen für das Arbeitslosenzentrum sowie das Freiwilligenzentrum jeweils die Vorlage von entsprechenden Rechenschaftsberichten.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt der vorgelegten Leistungsvereinbarung zu und beauftragt die Verwaltung, diese mit den Trägern des Freiwilligenzentrums abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Punkt 10:

Armuts- und Reichtumsbericht der Stadt Krefeld
Antrag der Ratsgruppe DIE LINKE vom 23.03.2010

Bezüglich der in der Verwaltungsvorlage genannten Kosten für die Erstellung eines Armuts- und Reichtumsberichtes schlägt Ratsherr Cakir vor, einen solchen Bericht durch eine Projektarbeit der Hochschule Niederrhein erstellen zu lassen.

Ratsfrau Drießen-Seeger stellt fest, dass die Erstellung eines derartigen Berichtes eine alte Forderung der SPD-Fraktion wäre. Für die politische Arbeit sei die Erstellung eines solchen Berichtes sehr wichtig. Auch sie spricht sich dafür aus, bei der Hochschule Niederrhein entsprechend anzufragen.

Ratsherr Hoffmann betont, die SPD habe einen derartigen Bericht schon einmal in sehr kleinteiliger Form gewünscht.

Ratsherr Dr. Ruhland unterrichtet, dass Einkommensverhältnisse durch die Phillips-Kurve beschrieben werden. Diese sei im Internet verfügbar. Er erinnert an die Zusammenlegung der Sozialsysteme Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe im Jahr 2005. Arm sei man, wenn man gem. der Definition unter 60 % des Durchschnittseinkommens zur Verfügung habe. Vonnöten sei die Antwort der Bundesregierung, wie Armut bekämpft werden könne. Dann müsse man prüfen, ob die Vorschläge für den Bund auch auf Krefeld heruntergebrochen und vielleicht angewendet werden können. Mit diesem Maßnahmenpaket müsse man sich dann beschäftigen.

Ratsherr Renner erinnert daran, dass die SPD vor eineinhalb Jahren einen entsprechenden Antrag für Krefeld gestellt habe. Die Frage sei, was könne in Krefeld optimiert werden. Gewinnbringender könne für die Kommune gearbeitet werden mit einer Erhöhung der finanziellen Mittel für Beratung. Ein Armuts- und Reichtumsbericht für Krefeld sei wichtig. Wenn ein neuer Kämmerer ohne den Einsatz eines Headhunters gefunden werden könne, erspare dies sicher den benötigten Betrag von 50.000 EUR. Die Erstellung eines Armuts- und Reichtumsberichtes sei sicher gewinnbringend; er unterstütze den Antrag.

Ratsherr Dr. Ruhland hält es für wichtig, an entsprechenden Maßnahmen nicht defizitorientiert zu arbeiten, sondern stets mit einem Blick auf entsprechende Lösungen.

Ratsherr Cakir spricht sich dafür aus, Armut zu bekämpfen. Hierfür müsse man die Gegebenheiten in Krefeld kennen; daher sei der Bericht notwendig. Er spreche sich für eine Projektarbeit durch die Hochschule Niederrhein aus.

Ratsherr Dr. Ruhland stellt fest, dass der Bericht der Bundesregierung noch nicht vorhanden sei und möchte daher den Beschluss aussetzen. Wenn der Bericht vorliege, könne man sich diesen ansehen und bei entsprechenden Ansätzen sehen, was für Krefeld umsetzbar ist.

Ratsfrau Drießen-Seeger wünscht, nach entsprechender Analyse dann aber auch in entsprechende Maßnahmen einzusteigen.

Beigeordneter Schneider stellt klar, dass der Ausschuss weder die zur Verfügungstellung von 50.000 EUR beschließen noch die Hochschule Niederrhein entsprechend beauftra-

gen könne. Die Hochschule Niederrhein könne sich gegebenenfalls an einem Bieterverfahren beteiligen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wäre eine offizielle Ausschreibung notwendig.

Ratsherr Dr. Ruhland schlägt vor, über die Angelegenheit später nochmals zu diskutieren, wie weiter verfahren wird.

Ratsherr Hoffmann schließt die Diskussion damit, die Verwaltung solle über die Thematik nochmals nachdenken und einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten.

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Punkt 11:

Neuorganisation der Jobcenter
Antrag der CDU-Fraktion vom 06.04.2010

Beigeordneter Schneider fasst die wichtigsten Aspekte der Verwaltungsvorlage zusammen. Nach entsprechender Beratung seien sowohl Stadt als auch Agentur für Arbeit zu der Überzeugung gelangt, die bisherige Arbeit in der ARGE Krefeld fortzusetzen zu wollen.

Ratsherr Dr. Ruhland weist auf die für den 09.07. terminierte Entscheidung des Bundesrates hin. Es sei jetzt Aufgabe der Politik in Krefeld, zu entscheiden, wie hier künftig verfahren werde. Seine Fraktion könne sich der Meinung der Trägerversammlung der ARGE Krefeld anschließen. Die ARGE Krefeld leiste gute Arbeit. Eine Übernahme von 90 % der ARGE-Mitarbeiter der Agentur für Arbeit für den Fall, dass man sich künftig für eine Option entscheide, würde den Stellenplan der Stadt Krefeld in nicht vertretbarem Ausmaß belasten. Er spreche sich ausdrücklich für die Fortsetzung der Arbeit der ARGE Krefeld aus.

Neben Ratsherrn Hoffmann für die FDP-Fraktion stimmen auch alle übrigen Fraktionen zu.

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Punkt 12:

Signet „Nordrhein-Westfalen ohne Barrieren“
Antrag der CDU-Fraktion vom 14.04.2010

Ratsherr Dr. Ruhland erläutert, es sei ursprünglich die Idee gewesen, Firmen in die Lage zu versetzen, mit dem Label Signet „Nordrhein-Westfalen ohne Barrieren“ zu werben. Ein derartig großes Ausmaß der beschriebenen Bürokratisierung war nicht der Ursprungsgedanke.

Ratsfrau Nottebohm betont, je schneller Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden erreicht werde, umso besser sei es.

Auch Ratsherr Hoffmann betont abschließend das sehr hohe Maß an bürokratischem Aufwand.

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Punkt 13:

Inklusion
Antrag der CDU-Fraktion vom 01.03.2010

Punkt 14:

UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen
Antrag der SPD-Fraktion vom 04.05.2010

Ratsherr Dr. Ruhland erläutert, dass über die UN-Charta die Individualebene noch mehr nach vorne getrieben werde. Die Frage sei hier, welche Institution die richtige hierfür sei. Bei einer entsprechenden Diskussion im Schulausschuss habe die Verwaltung von der Einrichtung einer Arbeitsgruppe gesprochen. Mittlerweile gebe es die interdisziplinäre Frühförderung in den Räumlichkeiten des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes auf der Mühlenstraße; durch die Frühförderung wüssten Eltern zu einem frühen Zeitpunkt über eine eventuelle Behinderung ihrer Kinder Bescheid. Er macht den Vorschlag, die nächste Ausschusssitzung im Heilpädagogischen Zentrum durchzuführen und sich vorher die dortigen Werkstätten anzusehen.

Ratsfrau Nottebohm befürwortet die in der Verwaltungsvorlage genannte beabsichtigte gemeinsame Sitzung des Sozial- und Gesundheits-, Schul- und Jugendhilfeausschusses. In der Sache seien nicht nur medizinische und soziale Gesichtspunkte, sondern auch die Themen Wohnung, Bildung, Arbeit und Beschäftigung genauso wichtig.

Sachkundige Einwohnerin Fehmer erkundigt sich nach der laut Verwaltungsvorlage Ende 2009 eingeführten neuen Funktion der Behindertenbeauftragten in der Verwaltung der Stadt Krefeld. Hier habe sie Informationsbedarf: Wie könne eine entsprechende Zusammenarbeit erfolgen?

Ltd. Stadtverwaltungsdirektor Adelfang unterrichtet, dass Frau Berndt die Behindertenbeauftragte sei. In ihrer Funktion könne sie gleichzeitig über Mittel der Ausgleichsabgabe des Landschaftsverbandes Rheinland verfügen, um zum Beispiel Arbeitsplätze von Schwerbehinderten behindertengerecht auszustatten.

Übereinstimmend wird die Durchführung der nächsten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses im HPZ vorgesehen.

Beschluss:

Die Berichte der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Punkt 15:

Neuentwicklungen in der Behindertenhilfe
Antrag der SPD-Fraktion vom 04.05.2010

Dieser Tagesordnungspunkt wurde auf die nächste Sitzung verschoben.

Punkt 16:

Anfragen

Anfragen liegen keine vor.

Ratsherr Hoffmann beendet die öffentliche Sitzung um 19:23 Uhr.

Paul Hoffmann (Vorsitzender)

Rainer Orl (Schriftführer)